Antrag zum 7. Bundesparteitag DIE LINKE am 26. und 27. Februar 2021

AntragstellerInnen: Sevim Dagdelen (MdB, KV Bochum), Fabio de Masi (MdB, LV Hamburg), Ralf Krämer (Sozialistische Linke, Mitglied Parteivorstand), Friederike Benda (Mitglied im Parteivorstand), Ali Al-Dailami (Mitglied Parteivorstand), Heike Hänsel (MdB, KV Tübingen), Ezgi Güyüldar (KV Essen) und der KV Bochum

Vermögensabgabe und -steuer für Milliardäre und Multimillionäre!

Im Jahr der Bundestagswahl muss die Frage gestellt werden, wer für die Kosten der Corona-Krise aufkommen wird. Nach der Corona Krise greift die Schuldenbremse wieder voll, die gegen den Widerstand der LINKEN im Grundgesetz verankert wurde.

Während aktuell vor allem die Beschäftigten und kleine Selbständige den Preis der Krise zahlen, weil sie besonders betroffen sind von Geschäftsschließungen, Kurzarbeit und Entlassungen, steigt das Vermögen der Milliardäre – im vergangenen Corona-Jahr ist es allein hierzulande um über 100 Milliarden Euro gewachsen. Die Krisenprofiteure müssen in die Verantwortung genommen werden. Eine Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre sowie eine gerechte Besteuerung der Superreichen sind überfällig.

Jene, die den Laden am Laufen halten oder ohnehin nur wenig haben, wie Alleinerziehende, Beschäftigte im Niedrig- und Mindestlohnbereich, Hartz-IV-BezieherInnen oder Rentnerinnen und Rentner, dürfen nicht wieder für die Krise bezahlen. Sie sind es, die es allen voran trifft, wenn Sozialausgaben gekürzt oder Verbrauchssteuern erhöht werden.

Aber genau ein solcher Kürzungshammer droht nach der Bundestagswahl. Denn geht es nach Bundeskanzlerin Angela Merkel, soll die Schuldenbremse bald wieder greifen, die Investitionen und nicht Schulden bremst! Im Bundestag hat die Schutzpatronin der Superreichen bekräftigt: „An eine Vermögensabgabe denke ich nicht.“ Auch die Grünen werden mit der CDU niemals Vermögenssteuern einführen.

DIE LINKE lehnt diese anti-soziale und ungerechte Politik ab. Zur Bewältigung der Kosten der Corona-Pandemie ist eine einmalige Vermögensabgabe nach dem Vorbild des Lastenausgleichs nach dem Zweiten Weltkrieg sinnvoll und notwendig. Zudem muss die Schuldenbremse beerdigt werden, um langfristige und große Investitionen bei niedrigen Zinsen auch über Kredite zu finanzieren und nicht nur die heutigen Steuerzahler zu belasten, Das ist ökonomisch sinnvoll, weil Investitionen Einkommen schaffen und jeder Euro, der von den Superreichen anstatt durch Steuererhöhungen und Sozialabbau von den Arbeitnehmern bezahlt wird, besser für die Konjunktur ist.

Darüber hinaus müssen dringend erforderliche und höhere Ausgaben für eine Wiederherstellung eines funktionierenden Sozialstaats sowie mehr Personal in den Bereichen Bildung, Erziehung, Gesundheit, Pflege, öffentlichem Nahverkehr, die jedes Jahr und damit regelmäßig anfallen in den Bundesländern finanziert werden. Dazu forderte DIE LINKE bereits bei der letzten Bundestagswahl eine jährlich zu erhebende Vermögensteuer für Millionäre auf ein Vermögen ab einer Million Euro mit fünf Prozent. Die erste Million ist davon freigestellt. Betriebsnotwendiges Vermögen kann bis fünf Millionen freigestellt werden. Wir stellen sicher, dass Privatvermögen nicht in Betriebsvermögen »versteckt« wird und dass Betriebsvermögen in ausländischem Eigentum ebenso besteuert wird wie inländische Eigentümer.

Ohne die hohen Einnahmen aus einer solchen Steuer ist ein sozial-ökologischer Politikwechsel, der unsere Gesellschaft fit für die Zukunft macht, nicht finanzierbar.

Begründung:

Kulturschaffende und Kneipenbesitzer stehen nach monatelangem Lockdown vor dem Aus, bei den Superreichen aber klingeln die Kassen. So ist laut Forbes das Vermögen der Aldi-Familien allein in sechs Monaten Corona-Pandemie bis September 2020 um 7,6 Milliarden Euro auf 53,1 Milliarden Euro gewachsen. Lidl-Gründer Dieter Schwarz ist sogar um 11,1 Milliarden Euro reicher geworden. Sein Vermögen stieg auf 30,3 Milliarden Euro. Der Milliardär Thiele schickte Beschäftigte in Kurzarbeit und profitierte gleichzeitig als großer Aktionär von der Lufthansa Rettung. Während dessen verdienten Verkäuferinnen und Verkäufer 2020 in den Supermärkten durchschnittlich sogar weniger pro Monat als im Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt auf Nachfrage der Linksfraktion bekanntgab. Und dass, obwohl die Gehälter der Beschäftigten im Lebensmitteleinzelhandel vorher schon viel zu niedrig waren. Auch die Vermögen der BMW-Familien Klatten und Quandt sind um 3,2 Milliarden Euro auf zusammen 36 Milliarden Euro angestiegen, während ihre Beschäftigten in Kurzarbeit waren und in diesem Jahr Steuernachzahlungen fürchten müssen.

DIE LINKE. Im Bundestag hat die Einführung einer einmaligen Abgabe durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung durchrechnen lassen. Eine Variante zeigt, dass bei einer Belastung lediglich der oberen 0,7 Prozent der erwachsenen Bevölkerung mit einem privaten Nettovermögen (Vermögen abzüglich Schulden) von zwei Millionen Euro beziehungsweise fünf Millionen Euro bei Betriebsvermögen, sowie einem linear-progressiv auf 30 Prozent ab 100 Millionen Euro, ein Betrag von gut 300 Mrd. zur Finanzierung der Krisenkosten eingenommen werden könnte. Die Abgabe wird einmalig erhoben und soll dann in einem Zeitraum von 20 Jahren abgezahlt werden. Eine Vermögensabgabe fließt in den Bundeshaushalt und wird zu einem Stichtag in der Vergangenheit erhoben. Sie kann dadurch auch nicht durch einen Briefkasten in einer Steueroase umgangen werden.